

## Organisatorischer Antrag

**Initiator\*innen:** Clara Hammer-Dietzschkau, Kolja Richter

**Titel:** Ä1 zu Orga1: Geschäftsordnung

### Antragstext

#### Von Zeile 111 bis 114:

Während der Veranstaltungen der Jusos Dresden ist der Konsum von Drogen nicht erwünscht. Insbesondere Alkoholkonsum, Rauchen und Vergleichbares sind ~~im Sicht- und Wirkungsfeld~~ auf allen Veranstaltungen der Jusos Dresden verboten, alle sind zu einer nichtexklusiven und nichtfremdgefährdenden Teilnahme eingeladen.

### Begründung

Wir wollen das generelle Alkoholverbot auch noch in die Geschäftsordnung aufnehmen, nachdem wir einen inhaltlichen Antrag verabschiedet haben, bei der letzten Vollversammlung.

Wir fordern ein generelles Rauchverbot auf allen Veranstaltungen der Jusos Dresden, um vor allem Minderjährige und andere Teilnehmende zu schützen.

Als Jugendverband tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, dass unsere Veranstaltungen sichere und gesundheitsbewusste Räume sind.

Außerdem kann Rauchen zu sozialem Ausschluss führen. Wer nicht passiv rauchen möchte, muss sich oft von Gruppen oder Gesprächen entfernen. Das widerspricht unserem Anspruch als solidarischer Jugendverband, in dem alle gleichberechtigt

teilnehmen können.

Ein generelles Rauchverbot sorgt deshalb für klare Regeln, schützt die Gesundheit aller und trägt zu einem respektvollen und inklusiven Miteinander bei.

# Organisatorischer Antrag

**Initiator\*innen:** Karsten-William müller

**Titel:** Ä2 zu Orga1: Geschäftsordnung

## Antragstext

**Von Zeile 122 bis 124:**

(2) Für die Dauer der Vollversammlung wählt diese auf Vorschlag des Unterbezirksvorstands ein ~~zwei-bis-dreiköpfiges~~ mindestens vierköpfiges Tagungspräsidium. Das Tagungspräsidium übernimmt mit seiner Wahl die Sitzungsleitung. Im Falle von

## Begründung

Um eine geschlechtergerechte Repräsentation des Tagungspräsidiums zu gewährleisten, soll das Tagungspräsidium aus mindestens vier Mitgliedern bestehen.

# Organisatorischer Antrag

Initiator\*innen: Aki

Titel: Ä3 zu Orga1: Geschäftsordnung

## Antragstext

Von Zeile 111 bis 114:

~~Während der Veranstaltungen der Jusos Dresden ist der Konsum von Drogen nicht erwünscht. Insbesondere Alkoholkonsum, Rauchen und Vergleichbares sind im Sicht- und Wirkumfeld verboten, alle sind zu einer nichtexklusiven und nichtfremdgefährdenden Teilnahme eingeladen.~~

Unmittelbar bevor und während sämtlicher Veranstaltungen im Jusos-Dresden-Kontext gilt ein generelles Konsumverbot für alkoholische Getränke, Drogen, sowie Rauchen im Sicht- und Wirkungsradius.

Das Verbot bleibt bestehen, sofern zu Beginn der Veranstaltung keine verbindliche Aufklärung durch die Veranstaltungsleitung erfolgt.

Eine Aufhebung des Verbots ist ausschließlich für Alkohol und Rauchen separat oder zusammen möglich und setzt eine Aufklärung über den verantwortungsvollen Umgang sowie die gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums voraus.

Von der Aufhebung ausgenommen bleiben alkoholische Getränke, die einen Alkoholgehalt von über 15 Vol.-% aufweisen.

Das Verbot endet, sobald die Ansammlung von Personen erkennbar nicht mehr im organisatorischen oder inhaltlichen Zusammenhang mit der Juso-Dresden-Veranstaltung steht.

# Organisatorischer Antrag

**Initiator\*innen:** Friedhelm Finsterbusch

**Titel:** Ä4 zu Orga1: Geschäftsordnung

## Antragstext

**Von Zeile 98 bis 99:**

(6) Die Redezeit beträgt grundsätzlich maximal ~~dre~~zwei Minuten. Die Sitzungsleitung kann selbstständig längere Redezeiten zulassen.

**Ä1**

# **Inhaltlicher Antrag**

**Initiator\*innen:** Ole Lehnert

**Titel:** **Ä1 zu A1: Freiwilligendienste Verbessern - Freie Fahrt für Freiwillige!!!**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 26 bis 27 löschen:**

- Erhöhung des Taschengeldes mit Orientierung an der mindest

**In Zeile 30 einfügen:**

- bedarfsgerechter finanzieller Ausgleich ( für Personen die aus finanzielle schwächeren Haushalten kommen)

**Ä1**

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Lucas Glöckner

**Titel:** **Ä1 zu A2: Mehr Kontrollen in Schlachthöfen  
sowie landwirtschaftlichen Betrieben und  
härtere Strafen für Tierquäler**

---

## Antragstext

### Von Zeile 18 bis 20:

nicht mehr nur als Vergehen, sondern als Verbrechen eingestuft wird. Die strafrechtliche Verfolgung von Tierquälerei muss zu nehmen sowie ~~der~~die Verbreitung entsprechender Gewaltdarstellungen in digitalen Medien soll eifriger verfolgt

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Lucas Frithjof Glöckner

**Titel:** Ä2 zu A2: Mehr Kontrollen in Schlachthöfen  
sowie landwirtschaftlichen Betrieben und  
härtere Strafen für Tierquäler

## Antragstext

### Von Zeile 22 bis 29:

von Jagdtrophäen unterbunden werden, da es eine Gewaltverherrlichung an fühlenden Wesen darstellt, an unseren wilden Nachbarn. ~~Außerdem sollen Personen, die schon einmal wegen Tierquälerei auffällig geworden sind in einer Datenbank aufgenommen werden, auf welche jeder Züchter und Tierhändler Zugriff hat, damit diese Person nie wieder an Tiere herankommt. Dabei ist es natürlich notwendig, dass der Zugriff auf diese Datenbank leicht zugänglich ist und weit gestreut wird und einheitlich international eingeführt wird. Es bedarf also einer einfachen, leicht zu bedienenden, und in alle Sprachen verfügbaren Datenbank.~~ Daneben soll es eine polizeiliche Datenbank geben, in der Tierquäler\*innen gespeichert werden. Händler\*innen sollen vor dem Verkauf von Tieren dazu verpflichtet sein, entsprechende Daten ihrer Käufer\*innen mit dieser abgleichen zu lassen.

## Begründung

Schwere datenschutzrechtliche Bedenken, da eine öffentlich zugängliche Datenbank die Gefahr von Lynchjustiz drastisch erhöht.



**Ä3**

# **Inhaltlicher Antrag**

**Initiator\*innen:** Matthias

**Titel:** **Ä3 zu A2: Mehr Kontrollen in Schlachthöfen  
sowie landwirtschaftlichen Betrieben und  
härtere Strafen für Tierquäler**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 33 bis 34 einfügen:**

werden, da es in fast allen Bereichen nur Minimalvorgaben bzw. in manchen Fällen gar keine Vorgaben hat. [Matze macht einen Teständerungantrag für Lucas.](#)

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Lucas Frithjof Glöckner

**Titel:** Ä4 zu A2: Mehr Kontrollen in Schlachthöfen  
sowie landwirtschaftlichen Betrieben und  
härtere Strafen für Tierquäler

---

## Antragstext

**Von Zeile 0 bis 1 einfügen:**

Technisch: Ergänzung der Weiterleitung - ...und an die Abgeordneten der SPD im Europaparlament.

Ä1

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Lucas Frithjof Glöckner

**Titel:** Ä1 zu A3: Irreführende Werbung bei tierischen Produkten verbieten

---

## Antragstext

**Von Zeile 20 bis 22 einfügen:**

Hinweise auf Tierwohl, Auslauf oder naturnahe Haltung nur verwendet werden dürfen, wenn diese nachweislich den realen Produktionsbedingungen entsprechen. Dazu sollen nach dem Vorbild der Werbung auf Zigarettenspackungen sog. Schockbilder über den Produktions- und Verarbeitungsprozess auf den Verpackungen tierischer Produkte sichtbar sein. Darüber hinaus soll die gezielte an Kinder gerichtete Vermarktung tierischer

## Begründung

erfolgt mündlich

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Jakob Müller

**Titel:** Ä1 zu A4: Tierversuche reduzieren und Alternativen stärken

---

## Antragstext

**Von Zeile 16 bis 18:**

Neuregelungen im Bereich Tierversuche sollen kritisch begleitet werden, ~~insbesondere im Hinblick auf die Prüftiefe von Tierversuchsanträgen und die Ausweitung zulässiger Tötungsgründe für Versuchstiere.~~ wobei eine verfassungskonforme Abwägung zwischen dem Staatsziel Tierschutz und der Freiheit der Forschung (Art. 5 Abs. 3 GG) sicherzustellen ist, um eine fundierte wissenschaftliche Expertise beizubehalten.

## Begründung

Dies nimmt den Kritikpunkt auf, dass Tierschutz nicht isoliert betrachtet werden kann. Es macht den Antrag juristisch "festfester", da er die grundgesetzliche Abwägung anerkennt.

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Jakob Müller

**Titel:** Ä2 zu A4: Tierversuche reduzieren und Alternativen stärken

## Antragstext

### Von Zeile 2 bis 7:

von Tieren in Tierversuchen, weshalb eine entsprechende Einflussnahme auf die Bundespolitik erforderlich ist. ~~Konkret soll § 23 Abs. 5 der Tierschutz-Versuchstierverordnung (TierSchVersV), der eine Ausnahmemöglichkeit für die Verwendung von Menschenaffen vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Darüber hinaus sollen in § 23 Abs.~~ Hierzu sollen in § 23 Abs. 4 Nr. 1 lit. a der Tierschutz-Versuchstierverordnung (TierSchVersV) die Worte „die lebensbedrohlich sein können“ durch „die

### Von Zeile 19 bis 20:

Darüber hinaus setzen wir uns für eine ~~Forschungswende~~ Erweiterung der Forschung hin zu humanrelevanten Methoden ein. Hierzu fordern wir die Schaffung von Transparenz über die

### Von Zeile 22 bis 25:

insbesondere hinsichtlich der Finanzierung tierversuchsbasierter und tierversuchsfreier

Methoden. ~~Staatliche Fördermittel sollen zugunsten tierversuchsfreier Forschungsmethoden umgeschichtet werden. Zudem bedarf es~~ Es Bedarf einer verstärkten Förderung humanbasierter Forschungsansätze, beispielsweise auf

## Begründung

ich teile das Ziel des Antrags, Tierleid wo immer möglich zu vermeiden, voll und ganz. Dennoch möchte ich die pauschale Umschichtung von Fördermitteln streichen. Warum?

1. **Forschung ist kein Nullsummenspiel:** Wenn wir Mittel von bestehender Forschung abziehen, gefährden wir laufende medizinische Projekte, für die es aktuell noch keine validierten Ersatzmethoden gibt – etwa in der Krebsforschung oder bei komplexen neurologischen Erkrankungen. **Wir dürfen den Fortschritt bei der Heilung von Menschen nicht gegen den Tierschutz ausspielen.** Hier eine Liste mit aktuellen medizinischen Entwicklungen, welche Tierversuche voraussetzen:
  1. **Moderne Krebstherapien:** Die Heilungsrate bei kindlicher Leukämie stieg auch durch Tierstudien auf heute rund 80 %
  2. **COVID-19:** Tierversuche (z. B. an Frettchen und Makaken) waren essenziell, um die Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe vor dem Einsatz am Menschen zu prüfen.
  3. **Organtransplantationen:** Techniken für Herz-, Nieren- und Lebertransplantationen wurden zuerst an Tieren (u. a. Hunden und Schweinen) perfektioniert. -> **Aktueller den je, denn erst kürzlich versuchte man ein Schweineherz als Spenderorgan für einen Menschen**
  4. **Tiefenhirnstimulation (DBS):** Diese Technik zur Behandlung von Parkinson oder Epilepsie wurde in Tierversuchen pionierhaft erforscht. -> Noch Heute ist das Gehirn kaum erforscht. Diese Verantwortung trägt die **Tierversuchsgesellschaft**.
2. **Sicherheit und Regulierung:** Als **Geisteswissenschaftler** ist es unsere Verantwortung für die **Patientensicherheit**. Aktuell ist die Erprobung am lebenden Organismus gesetzlich und medizinisch oft noch die letzte notwendige Instanz vor der Anwendung am Menschen. Eine künstliche Verknappung der Mittel für diese Forschung würde bedeuten, dass wir entweder die Sicherheit gefährden oder Spitzenforschung schlicht ins Ausland abwandert, wo die Tierschutzstandards oft deutlich niedriger sind als bei uns in Deutschland.

3. **Zusatz statt Ersatz:** Wir sollten die Förderung von Alternativmethoden (NAMs) massiv ausbauen – aber als **zusätzliche** Investition in die Zukunft, nicht durch das Entziehen von Mitteln aus der notwendigen Grundlagenforschung.

Lass uns die Forschungswende durch Innovation vorantreiben, nicht durch das Austrocknen bestehender, lebensnotwendiger medizinischer Infrastruktur.

## Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Anna Schütze

**Titel:** Ä3 zu A4: Tierversuche reduzieren und Alternativen stärken

### Antragstext

#### Von Zeile 6 bis 9:

hinaus sollen in § 23 Abs. 4 Nr. 1 lit. a der Tierschutz-Versuchstierverordnung (TierSchVersV) die Worte „~~die~~“die lebensbedrohlich sein ~~können~~“können“ für Menschen, durch „~~die~~“die Worte „~~die~~“die lebensbedrohlich ~~sind~~“sind“ ersetzt werden, um den erlaubten Forschungszweck für Primatenversuche weiter einzugrenzen. Ebenso ist vorgesehen, § 25 Abs. 2 der

#### Von Zeile 35 bis 36 einfügen:

Förderung öffentlicher Dialogformate zu Tierethik und moderner, humanrelevanter Forschung.

Weiter noch fordern wir in Sachsen die Befreiungsmöglichkeit für Studierende vom Tierversuch im Studium im landeseigenen Hochschulgesetz zu verankern. Das schützt die Gewissensfreiheit der Studierenden und setzt gleichzeitig ein Signal, dass tierversuchsfreie Lehre möglich ist. In vielen Bundesländern haben Studierende schon das Recht inne, sich vom Tierversuch im Studium befreien zu lassen – zumindest teilweise. Insgesamt zehn Bundesländer ermöglichen eine Befreiung über ihre jeweiligen Hochschulgesetze. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind hier am weitesten: Die Befreiung ist



gesetzlich vorgesehen, ohne dass Studierende einen Antrag stellen müssen. In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, NRW, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen kann eine Befreiung auf Antrag gewährt werden – mit entsprechender Begründung. Allerdings gilt in fast allen Bundesländern eine wichtige Einschränkung: Die Befreiung bezieht sich meist nur auf Tiere, die eigens für die Lehre getötet wurden. Wurden Tiere aus anderen Gründen getötet, kann es sein, dass keine Befreiung möglich ist. Ausnahmen bilden derzeit nur Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen. In Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein ist eine Befreiung auf gesetzlicher Grundlage nicht vorgesehen.

## **Begründung**

Im sächsischen Hochschulgesetz wird der Tierverbrauch im Studium nicht thematisiert (SächsHSG 2023). Zur Gestaltung eines neuen Gesetzes soll sich an folgenden Gesetzen der Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz orientiert werden:

§ 30a Absatz 3 Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg:

„(3) Studiengänge sind so zu gestalten, dass Tiere zur Einübung von Fertigkeiten und zur Veranschaulichung von biologischen, chemischen und physikalischen Vorgängen nicht verwendet werden, soweit wissenschaftlich gleichwertige Methoden zur Verfügung stehen. Stehen wissenschaftlich gleichwertige Methoden zur Verfügung, sind Studierende zur Abschlussprüfung zuzulassen, wenn sie die erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen entsprechend diesen Methoden erbracht haben. Genügt ein Studiengang nicht den Anforderungen von Satz 1, sind die Studierenden zur Abschlussprüfung zuzulassen, ohne dass sie Studien- und Prüfungsleistungen erbringen müssen, bei denen Tiere zur Einübung von Fertigkeiten und zur Veranschaulichung von biologischen, chemischen und physikalischen Vorgängen verwendet werden. Hierfür muss den Studierenden eine Möglichkeit der anderweitigen Erbringung von gleichwertigen Studien- und Prüfungsleistungen ermöglicht werden.“ (LHG 2005)

Weiter noch ein Auszug aus Berlin, der nicht ganz so gut ist, aber besser als nichts:

§ 31 Absatz 2 Nummer 7 Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin:

„(2)

7. Näheres zur Zulassung alternativer Studien- und Prüfungsleistungen durch den Prüfungsausschuss, um auf begründeten Antrag im Einzelfall zu ermöglichen, dass einzelne in der Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschriebene Studien- und

Prüfungsleistungen ohne die Verwendung eigens hierfür getöteter Tiere erbracht werden können.“ (BerlHG 2011)

Rheinland-Pfalz ist ähnlich gut geregelt wie BaWü:

„§ 3 Absatz 8 Hochschulgesetz von Rheinland-Pfalz:

(8) In Forschung und Lehre soll auf Tierversuche sowie auf die Verwendung von Tieren im Sinne des Tierschutzgesetzes so weit wie möglich verzichtet werden. Hierzu sollen die Hochschulen geeignete Forschungs- und Lehrmethoden sowie -materialien entwickeln und ihre Forschung und ihre Studiengänge entsprechend gestalten. Studierende sollen ein Hochschulstudium erfolgreich absolvieren können, ohne an Tierversuchen oder Tierverbrauch teilnehmen zu müssen.“ (HochSchG 2020)

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Anna Schütze

**Titel:** Ä1 zu A5: Die Rolle des Bildungs- und Ausbildungssystem bei tierleidfreier Ernährung stärken

## Antragstext

### Von Zeile 1 bis 6:

~~Um die Bildung über Ernährung und Nachhaltigkeit zu stärken, sollen die Themen Ernährung, nachhaltige Landwirtschaft und Tierschutz bzw. Tierrecht stärker in schulischen Lehrplänen berücksichtigt werden. Darüber hinaus bedarf es der Förderung evidenzbasierter Bildungsangebote zu den gesundheitlichen, ökologischen und globalen Auswirkungen von Ernährung sowie der Unterstützung entsprechender Fortbildungsangebote für Lehrkräfte.~~

Wir fordern mehr Unterrichtsstunden zum Thema "Tierschutz, Tierrechte, tierleidfreie Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft".

Derzeit steht im sächsischen Lehrplan für die gymnasiale Ausbildung, dass in der 7. Klassenstufe im Fach Ethik der Lernbereich 4 "Mensch und Tier" mit 10 Unterrichtsstunden umfassend gelehrt wird (Lehrplan Gymnasium Ethik 2004/2009/2011/2019). Generell ist der Lehrplan in zwei Spalten aufgebaut: in der linken Spalte steht, was gelehrt werden muss und in der rechten Spalte stehen Empfehlungen, die zu der linken Spalte inhaltlich passen und zum Teil auch konkrete Themenvorschläge vorgeben, wie gelehrt werden kann. Die rechte Spalte ist kein Muss, sondern soll zur Anregung dienen. In der linken Spalte stehen im Lernbereich „Mensch und Tier“ die beiden verpflichtenden und zu lehrenden Themen "Kennen des Verhältnisses von Mensch und Tier" sowie "Sich positionieren zu ausgewählten Problemen des Tierschutzes". Wobei das erste Thema vor allem die Unterschiede von Mensch und Tier

bespricht und die moralische Haltung gegenüber Tieren als (Mit)geschöpfen oder als Ressourcen behandelt. Das zweite Thema enthält in der rechten Spalte als Anregung, sich mit der Schulklasse damit auseinanderzusetzen, warum wir Fleisch essen, obwohl wir Tiere gern haben; oder wie wir uns fühlen würden, wenn Außerirdische ankämen und uns als Nutztiere halten. Je nachdem wie die 10 Ustd. auf die beiden Themen aufgeteilt werden, lernen die Schüler ca. 5 h etwas zum Thema Tierschutz auf 12 Schuljahre hochgerechnet. Im Lehrplan für die Oberschule in Sachsen steht beim Schulfach Ethik in Klassenstufe 5 mit 12 Ustd. das Thema "Mensch und Natur" an und nur in der freiwilligen, also rechten Spalte steht das man über Tierschutzabkommen reden könnte (Lehrplan Oberschule Ethik 2004/2009/2019). Das ist beides aus unserer Sicht viel zu wenig, und viel zu optional. Die Unterrichtsstunden sollen erhöht werden. Weiter noch soll den Lehrer\*innen Fortbildungsangebote zur Verfügung gestellt werden oder ihnen der Zugang erleichtert werden, Tierrechtsreferent\*innen, wie sie zum Beispiel von PETA, Anima e.V., Deutscher Tierschutzverbund oder "Mensch, Tier, Bildung" gestellt werden, einzuladen.

### **Begründung**

Achtung durchgängiges Zitat, aber mMn echt gut gelungen: „Unser gegenwärtiger Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft ist nicht naturgegeben oder unveränderlich, auch wenn das von Lobbygruppen gerne so dargestellt wird. ... Schule hat Vorbildfunktion und muss sich der Herausforderung stellen, Schülern eine Welt näherzubringen, in der es nicht nur um Profit, Macht und Eigeninteresse geht, sondern um Mitgefühl, Respekt und Achtsamkeit. Wer Kinder zu freien, eigenverantwortlichen und moralischen Persönlichkeiten erziehen will, muss sie auch anleiten, Ungerechtigkeiten zu erkennen und für Schwächere einzutreten. Das gilt sowohl für den Umgang mit Menschen als auch mit Tieren. Seit 2002 verlangt das Grundgesetz in Artikel 20 a die Förderung des Tierschutzes.“

(<https://www.tierrechte.de/2018/02/19/tierschutz-im-unterricht-ist-das-gebot-der-stunde/>, 2026)

"

# Inhaltlicher Antrag

Initiator\*innen: Jakob Müller

**Titel:** Ä1 zu A6: Unterstützung der in-vitro Fleisch  
Forschung und der Überführung  
landwirtschaftlicher Betriebe in die sozial-  
ökologische Landwirtschaft

---

## Antragstext

Von Zeile 21 bis 25:

Lebensmittelsektor sollte darauf abzielen, nachhaltige und ressourcenschonende Produkte steuerlich zu entlasten, beispielsweise durch ~~die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von Fleisch auf 19%. Die hieraus resultierenden Mehreinnahmen könnten für Umstiegshilfen in der Landwirtschaft verwendet werden bei der Beratung von Landwirten.~~ den Entfall des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Fleischprodukte. Flankierend dazu fordern wir die Einführung einer zweckgebundenen Tierwohl-Abgabe auf Fleischprodukte. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sind rechtssicher an den Transformationsprozess der Landwirtschaft zu binden, um gezielte Umstiegshilfen, Beratungsleistungen für Landwirte sowie den Ausbau sozial-ökologischer Betriebe zu finanzieren.

## Begründung

Steuern sind in Deutschland erstmal nicht zweckgebunden. Daher wäre eine Senkung der Mehrwertsteuer, in Kombination mit der Erhebung einer gezielten Abgabe sinnvoll. So belastet es die Endverbraucher:innen weniger, und trägt gleichzeitig zum erwünschten Umstieg in der Landwirtschaft bei.

# Inhaltlicher Antrag

Initiator\*innen: Karsten-William Müller

Titel: Ä1 zu A8: Solidarität mit Rojava!

## Antragstext

### Von Zeile 1 bis 7:

Die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava befindet sich in einem Überlebenskampf. Es ist ein Kampf für die Frauenbefreiung, eine ökologische Staatsführung und die Errungenschaften des demokratischen Konföderalismus. ~~Sie~~ Durch die neue Lage in Folge des Sturzes des Assad-Regimes im Dezember 2024, wodurch Ahmed al-Scharaa, der Anführer des Militärbündnisses "Hai'at Tahrir asch-Scham" (kurz: HTS) ist, die aus dem islamistischen und der Al-Qaida nahestehende Al-Nusra-Front entstand, an die Macht gelang, der anhaltenden Intervention des zunehmend autokratisch regierenden Türkischen Staatspräsidenten Erdogan, sowie dem durch die Ereignissen sehr wahrscheinlichen Wiederaufleben, des in der Region als besiegt geltenden Islamischen Staates, steht die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava seit ihrer Gründung mit dem Rücken an der Wand und kämpft aktiv mit allen Mitteln gegen ein neues-syrisches Regime-unt ereine humanitäre Krise, patriarchale gewalt, sowie vor allem um ihre Existenz! Ein Zeuge dieser akuten Existenzbedrohung, sind die mehrmals gescheiterten Verhandlungen mit der Führung eines Terroristen, "Regierung" al-Scharaa um einen neu aufflammenden Islamismus Waffenfrieden und patriarchale Gewalt der Integration der Region in den syrischen Staat, in deren Folge al-Scharaas Truppen in das Gebiet Rojavas eindringen und so Land, oder auch im Januar diesen Jahres die Stadt ar-Raqqa einnahmen, sowie die Stadt Kobane, die als eine der wichtigen Zentren Rojavas gilt, bis heute massivst belagern.

Die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava versteht sich selbst als eine demokratisch-

konföderalistische Selbstverwaltung, die eine funktionierende direkte Demokratie bietet, in der dort allgemeingültige pluralistische Prinzipien existieren und auf eine Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Ethnie, Religion oder Geschlecht, sowie einer ökologischen Nachhaltigkeit achtet. Außerdem werden Frauen, sowie ethnische Minderheiten mehr in die Politik und die Gesellschaft eingebunden. Sie gilt als gutes Beispiel für eine demokratisch-pluralistische Selbstverwaltung!

### **Begründung**

Antrag um genauere Erklärung der Sachlage, sowie zum weiteren Verständnis von Rojava als demokratisch-pluralistische Selbstverwaltung, ergänzt.

Ä1

# Inhaltlicher Antrag

Initiator\*innen: Anica Fiedler

Titel: Ä1 zu A11: Völker hört die Signale (überall)

## Antragstext

Von Zeile 12 bis 13 löschen:

- (insbesondere im Fußball) wird anstelle des „Liedes der Deutschen“ die Weltverbundenheit durch das Abspielen der Internationalen demonstriert.[Leerzeichen]

Nach Zeile 30 einfügen:

Wir sind es leid, dass das schönste Lied der Arbeiterbewegung nur in verrauchten Hinterzimmern oder am Ende von Parteitage gesungen wird, wenn die Hälfte der Delegierten schon zum Zug muss. Bringen wir den Beat der Revolution dahin, wo er gebraucht wird: In die Stadien, die Ämter und die Schulaulen!

## Begründung

Schluss vergessen, ich bitte diesen Fauxpas zu entschuldigen



Ä1

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Friedemann Seidel

**Titel:** Ä1 zu A14: Nehmt den Hools die Bühne

## Antragstext

**Von Zeile 26 bis 28 einfügen:**

Paragraph 1 der Fancharta und insbesondere 1.2. sollen als Basis für jegliche Zusammenarbeit dienen. Darin ist eine klare Haltung für Respektvolles Miteinander sowie gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung formuliert. Die Fanarbeit der SG Dynamo Dresden soll des Weiteren eine klare soziale

## Begründung

Nicht alle kennen die Fancharta, weshalb hier noch einmal kurz auf die Kernpunkte hingewiesen werden soll.

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Tobias Klimmer

**Titel:** Ä1 zu A17: Profite umverteilen, ländlichen Raum stärken: Verbindliche Bürger\*innenbeteiligung im EEG nach dänischem Vorbild

---

## Antragstext

### Von Zeile 10 bis 13:

~~Zur Prävention eines Aufkaufs durch große Investoren hat die Beteiligung zwingend in Form einer eingetragenen Genossenschaft (eG) zu erfolgen, wobei hilfeleistend auch die Kommunen selbst Anteile erwerben dürfen.~~ Wir sind gegen Spekulation durch Großkonzerne und die Optimierung der Cashflows. Als Unternehmensform schlagen wir eine GmbH & Co. KG. Hierdurch gibt es eine optimale Abwägung zwischen bilanzieller Transparenz und der finanziellen Sicherheit von Kommunen und Bürger:innen. Bei der Beteiligung werden die Kommunen angehalten direkt eigene Anteile zu erwerben oder Bürger:innen bei der Beteiligung zu unterstützen. Während private Anlagen zur Eigenversorgung von dieser Pflicht ausgenommen sind, soll die 20%-

### Von Zeile 16 bis 18:

Damit die Teilhabe nicht am Geldbeutel scheitert, hat der Staat einkommensschwache Anwohnende beim Erwerb der ~~Genossenschaftsanteile~~ Anteile durch staatliche Bürgschaften zu unterstützen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

Ä1

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Karsten-William Müller

**Titel:** Ä1 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

## Antragstext

**Von Zeile 134 bis 136 löschen:**

Außerdem wollen wir Möglichkeiten schaffen, uns mit Stadtverbänden aus anderen Landesverbänden auszutauschen. ~~Hierbei stehen insbesondere Tradi-Verbände, sowie strömungsfreie Verbände im Vordergrund.~~

## Begründung

Wir würden uns damit selber in den Bein schießen, wenn wir eine enge Verbandsfreundschaft mit einem Unterbezirk pflegen, der Teil eines NWLZ-Landesverbandes ist.

Außerdem sind Vernetzungen mit allen Unterbezirken willkommen, unabhängig vom Strömungsfokus und wir selber sehen uns auch als strömungsfreien Unterbezirk!

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Karsten-William Müller

**Titel:** Ä2 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

---

## Antragstext

**Von Zeile 146 bis 147 einfügen:**

- Essen & Getränke: Besorgung und Vorbereitung von Verpflegung bei Veranstaltungen und Vorstandssitzungen

**Nach Zeile 148 einfügen:**

- Foodsos: Überblick, was an den Veranstaltungen gekocht wird.

**Von Zeile 243 bis 244 einfügen:**

FoodsosDamit alle Mitglieder an den Juso-Dienstagen, der (fast) immer abends stattfindet, nicht geschwächt nach Hause gehen, nimmt sich immer eine Person den Hut auf, bekocht alle anwesenden mit einem leckeren veganen Gericht. Dabei soll immer am Ende eines Juso-Dienstages sich eine Person freiwillig melden, der sich für den nachfolgenden Juso-Dienstag den Hut aufsetzt zu kochen und darüber den Überblick zu behalten.

**[Zeilenumbruch]**

### **Begründung**

Mit dem Versuch der Bestimmung/Meldung einer Person, der sich für den nachfolgenden Juso-Dienstag zum kochen verantwortlich macht, soll die vegane kulinarische Vielfalt bei den aktiven Juso-Leuten erweitert und auch aktiv vermieden werden, dass sich unmittelbar vor einem Juso-Dienstag sich niemand verantwortlich fühlt. Außerdem habe ich und sicherlich viele andere in diesem Verband auch, nicht mehr Bock darauf, Baguette mit Humus zu essen!

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Louis Kohaupt

**Titel:** Ä3 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

---

## Antragstext

**Von Zeile 202 bis 204:**

darf nicht in chronischem Stress enden, daher ist es uns wichtig, auf allen Ebenen zu kommunizieren, dass keine Schande darin liegt, Bescheid zu geben, wenn ~~es mal zeitlich nicht ausreicht~~ etwas zu viel wird und Aufgaben gegebenenfalls abzugeben.

## Begründung

Die ursprüngliche Formulierung klang für meinen Geschmack etwas schwammig.

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Louis Kohaupt

**Titel:** Ä4 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

---

## Antragstext

**Von Zeile 334 bis 335:**

Wir sind uns unserer Lage als ~~einer~~ Teil eines der größten sozialistischen Jugendverbände Europas bewusst. In der Vergangenheit haben wir bereits verschiedene

## Begründung

Es ist ja das Arbeitsprogramm der Jusos Dresden und (noch) nicht das der Bundesjusos ;)



# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Louis Kohaupt

**Titel:** Ä5 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

---

## Antragstext

### Von Zeile 41 bis 43:

hinaus. Deshalb wollen wir überregionale Wahlkampfunterstützung leisten, insbesondere in ~~Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern~~ strukturschwachen Regionen, um progressive Stimmen auch dort zu stärken, wo die politischen Rahmenbedingungen besonders

## Begründung

So wie ich es verstehe, soll das Programm ja nicht nur für 2026 gelten.

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Tobias

**Titel:** Ä6 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden

---

## Antragstext

**Von Zeile 44 bis 46:**

herausfordernd sind. Unser Anspruch ist klar: Wir kämpfen innerhalb der SPD für ein erkennbares, selbstbewusstes, zukunftsorientiertes linkes Profil, ~~selbstbewusst,~~ ~~solidarisch~~ und ~~zukunftsorientiert~~ auf der Straße für eine solidarische Zukunft.

## Inhaltlicher Antrag

---

**Initiator\*innen:** Tobias

**Titel:** Ä7 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm der Jusos Dresden

### Antragstext

#### Von Zeile 341 bis 344:

Einer der zentralen Konflikte unserer Zeit verläuft entlang der Einkommens- und Vermögensverteilung. Während sich große Vermögen zunehmend bei ~~einer kleinen~~ Minderheit wenigen Einzelnen konzentrieren, verfügen viele Menschen über kaum Rücklagen und sind trotz Arbeit von Armut bedroht. Löhne steigen oft langsamer als Mieten und

#### Von Zeile 346 bis 350:

Macht in einem Ausmaß bündeln, das mit staatlichen Haushalten vergleichbar ist. Erbschaften und Kapitalerträge prägen Lebenschancen immer stärker, ~~soziale~~ familitäre Herkunft gewinnt gegenüber individueller Leistung an Bedeutung. Diese ökonomische Ungleichheit wirkt sich auch politisch aus, da große Vermögen überproportionalen Einfluss auf die Politik ermöglichen.

# Inhaltlicher Antrag

Initiator\*innen: Tobias

Titel: **Ä8 zu A19: Kämpfen lernen: Arbeitsprogramm  
der Jusos Dresden**

---

## Antragstext

### Von Zeile 358 bis 363:

Aus sozialistischer Perspektive folgt daraus die Forderung nach einer gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen: ~~stärkere~~ Besteuerung großer Vermögen, eine höhere Besteuerung von Erbschaften und ~~Erbschaften~~ Schenkungen, Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge, Schutz vor Spekulation mit Wohnraum und Gesundheit sowie existenzsichernde Löhne und mehr Mitbestimmung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Wohlstand und Chancen nicht von der Herkunft abhängen, sondern allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen.

**Ä1**

# **Inhaltlicher Antrag**

---

**Initiator\*innen:** Noemi Bernstein, Jonathan Hörig, Yona Alastor Pangalov,  
Clara Hammer-Dietzschkau, Benjamin Bark

**Titel:** **Ä1 zu A20: Du Musst! - <3 Zwang zur  
Awareness <3**

---

## Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Anica Fiedler

**Titel:** Ä2 zu A20: Du Musst! - <3 Zwang zur Awareness <3

---

### Antragstext

**Von Zeile 2 bis 3:**

1. Dass ~~vierteljährlich~~ halbjährlich Workshops zum Thema Awareness stattfinden. Diese Workshops sollen in der Regel von externen, qualifizierten Personen

### Begründung

Im Kalenderjahr sind maximal 52 Juso Dienstage möglich. Davon sind 12 für Vorstandssitzungen reserviert, mind. 4 für 13. Februar, 6 in der Sommerpause, Weihnachten und Neujahr (2 Stück). Zwischenbilanz: Von den 52 bleiben 28. Davon wollen wir jeden Monat einen Projektedienstag machen, wodurch nochmal 12 wegfallen. 16 übrig. Im letzten Jahr hatten wir mind. 2 Juso-Dienstage an denen Demos waren (konservativ geschätzt). 14 übrig. Diskussionsabende und Themenabenden sollen auch noch gemacht werden (ursprünglich war hier ebenfalls mal einer pro Monat angerechnet). Laut Rechnung sind eigentlich nur noch 2(!!!!) Juso-Dienstage frei, um Workshops zu Awareness zu machen.

In eurem Arbeitsprogramm wurden auch Weiterbildungen erwähnt, diese können natürlich auch auf die Themenabenden setzen, da wäre noch mehr drin. Was aber auch erwähnt wurde sind Genderplena. Mich würde hier interessieren, wann diese

stattfinden sollen. Wenn sie sich auch auf die Juso-Dienstage bezieht, dann wird es sportlich. Wenn nicht, dann kann dieser Einwurf gerne ignoriert werden.

Fazit: Die Anzahl an Workshops zum Thema Awareness sind aus zeitlichen Gründen möglicherweise unrealistisch. Ich bitte das nochmal zu überdenken.

Ä3

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Anica Fiedler

**Titel:** Ä3 zu A20: Du Musst! - <3 Zwang zur Awareness <3

---

## Antragstext

**Von Zeile 6 bis 8 einfügen:**

2. Dass alle Vorstandsmitglieder sowie die Vorsitzenden verpflichtend an diesen Workshops teilnehmen, soweit es zeitlich möglich ist. Für alle weiteren Mitglieder wird die Teilnahme ausdrücklich empfohlen, jedoch nicht verpflichtend gestaltet.

## Begründung

Bei einem großen Vorstand ist die vollständige Anwesenheit nicht gewährleistet.